



APRIL 2024

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im April kamen laut Daten von *borderline-europe* 4.603 Menschen in Italien an und damit etwas mehr als ein Drittel weniger als im Vormonat (7.069 Personen). Zum Vergleich: Im April 2023 erreichten 12.141 Menschen Italien über See. Dieser starke Einbruch ist insbesondere durch das schlechte Wetter auf dem Mittelmeer zu erklären. Auch diesen Monat kam die überwiegende Mehrheit (90%) in Sizilien, und vor allem auf Lampedusa, an. Ca. 82% der angekommenen Menschen wurden von den italienischen Behörden (3.785 Menschen) und ein deutlich kleinerer Teil von zivilen Seenotrettungsschiffen gerettet (360 Menschen, 8%). Die europäische Grenzschutzagentur Frontex unterstützte die italienischen Behörden laut unseren Daten bei drei Rettungen. Eine Minderheit der Personen (191 Migrant*innen, 4%) kam autonom in Italien an, schaffte es also bis in die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen/gerettet zu werden. Für die restlichen Personen können wir keine Angaben darüber machen, wie sie in Italien angekommen sind.

WEGE NACH EUROPA

Im April traten mindestens 2.549 Personen (55%) ihre Überfahrt über das zentrale Mittelmeer aus Tunesien an. Im Gegensatz zum letzten Monat (ca. 30%) ist somit weiterhin ein deutlicher Anstieg von Abfahrten aus Tunesien zu verzeichnen. Gleichzeitig starteten nur 743 Menschen (16%) ihren Weg über das zentrale Mittelmeer aus Libyen - im März waren es noch 43%. Für 1.311 Migrant*innen (29%) können wir nicht bestimmen, aus welchen Ländern sie abfuhrten.

Ende März trafen sich in Libyen Vertreter der African Union, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen gemeinsam mit verschiedenen hochrangigen libyschen Ministern zur **Libyschen Task Force**, um über die Situation der Migrant*innen in Libyen zu diskutieren und nach Möglichkeiten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage zu treffen. Einer der Hauptpunkte waren die Haftbedingungen für Migrant*innen, beziehungsweise eine Suche nach **Alternativen für eine Haft**, insbesondere für Frauen, Kinder und vulnerable Personen. Gefordert wurde zudem, UN-Mitarbeiter*innen Zugang zu den Haftanstalten zu gewährleisten, und die Bemühungen der libyschen Regierung, Menschenhandel zu bekämpfen wurden befürwortet. Doch was die libysche Regierung genau unternehmen wird ist nicht bekannt.

Mit Sicherheit sind solche multilateralen Gespräche sinnvoll, um auf die Lage von Migrant*innen aufmerksam zu machen, doch bleibt zu befürchten, dass sich vor allem um die Grenzsicherung und nicht um Menschenleben gesorgt wird. Inwiefern sich also tatsächlich etwas ändert und ob den bisher bekannten Forderungen nachgekommen wird, bleibt abzuwarten.

In Tunesien hingegen wird die **Situation für Geflüchtete** immer prekärer. Seit dem EU-Tunesien-Deal versuchen tunesische Behörden vermehrt zu verhindern, dass Menschen auf der Flucht in Boote steigen und sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer begeben. An der Küste verbleibend müssen sie in Lagern unter unmenschlichen Bedingungen ausharren oder werden, wenn sie sich bereits auf den Weg gemacht haben, von den tunesischen Behörden auf dem Mittelmeer abgefangen und gegen ihren Willen zurück nach Tunesien gebracht. Dazu mehr unter "Push- und Pull Backs".

Verschiebung der Migrationsrouten nach Western

Eine Folge dieses Deals und der vermehrten Pull-Backs ist eine steigende **Tendenz der Überfahrten** über die Atlantik-Route von Westafrika nach Spanien. Insbesondere auf El-Hierro, die westlichste der Kanarischen Inseln, wird ein starker Anstieg von Ankünften von Menschen auf der Flucht festgestellt. Abfahrtspunkte sind hauptsächlich Westsahara, Mauretanien, **Marokko** und auch Senegal, teilweise begeben die Menschen sich also nicht nur auf deutlich längere Überfahrten, sondern auch auf deutlich gefährlichere. Laut der Hilfsorganisation Caminando Fronteras sind im letzten Jahr knapp 7.000 Menschen auf dem Weg nach Spanien **gestorben**. Aber auch über das **östliche Mittelmeer** gelangen immer mehr Menschen, zum Beispiel über Zypern oder Griechenland, nach Europa. Dafür sind die Zahlen der Überfahrten über das **zentrale Mittelmeer** im Vergleich zum Vorjahr laut Frontex-Zahlen deutlich zurückgegangen.

PUSH - UND PULLBACKS

Im April wurden nach den Zählungen von borderline-europe 5.508 Menschen auf ihrem Weg nach Europa abgefangen. Davon wurden 1.314 Personen (ca. 24%) zurück nach Libyen und 4.194 (ca. 76%) nach Tunesien gebracht. Diese Zahlen sind wie immer ohne Gewähr, da die Dunkelziffer deutlich höher sein wird.

“Zwischenstopp” Tunesien

30 km südlich von Sfax leben tausende Migrant*innen in einem **provisorischen Zuhause** aus Plastikplanen, Holzlatten und Zelten, ohne Sanitäreinrichtungen, medizinischer Versorgung oder ausreichend Nahrung. Seit Oktober 2023 sind etwa 70.000 Menschen hier angekommen, die eigentlich nach Italien weiterreisen wollen. Viele kamen über Libyen nach Tunesien. Doch seit dem EU-Abkommen mit Tunesien ist die Überfahrt von hier nach Italien noch schwieriger und gefährlicher geworden, was zu einer hohen Dunkelziffer an Toten führt. Früher arbeiteten einige Flüchtende als Tagelöhner, aber das ist nun verboten, und viele bleiben aus Angst vor der Polizei, die immer härter gegen die Migrant*innen vorgeht, in den Lagern. **Journalist*innen und Hilfsorganisationen** wird der Zugang zu der Region verweigert.

Die **tunesische Regierung** versucht, Menschen auf der Flucht abzuschrecken, damit sie erst gar nicht versuchen, über Tunesien nach Europa zu reisen. Durch das Arbeitsverbot haben viele Menschen Schwierigkeiten, das Geld für die Überfahrt nach Italien zusammen zu bekommen. In letzter Zeit gibt es immer wieder Berichte darüber, dass die libyschen Behörden die provisorischen Camps der Flüchtenden zerstören und auch die tunesische Küstenwache geht immer härter gegen die Flüchtenden vor, es kommt immer häufiger zu gewaltvollen und illegalen Pull-Backs. Alleine an einem Wochenende Mitte April wurden über **1.500 Personen** von der tunesischen Nationalgarde - mit von der italienischen Regierung geschenkten Booten - kurz nach der Abfahrt abgefangen.

Neben dem Arbeitsverbot und der Zerstörung der notdürftigen Unterkünfte, werden Rahmen der “Bekämpfung der illegalen Migration” auch immer wieder **Flüchtende als “Schlepper*innen” verhaftet**, was danach mit ihnen geschieht, ist unklar. Auch die Boote werden beschlagnahmt: die tunesischen Behörden gaben Mitte April an, dass sie in der Region Sfax 12 Boote beschlagnahmt und 1.151 Zelte “abgebaut” hätten. Und immer wieder werden Leichen an der Küste Tunesiens gefunden.

Meloni führt ihren Anti-Migrations-Kurs fort

Mitte April ist die italienische Ministerpräsidentin **Giorgia Meloni zum vierten Mal innerhalb eines Jahres nach Tunesien geflogen**. Dort hat sie erneut den tunesischen Präsidenten Kais Saied getroffen, der für seinen autokratischen Regierungsstil und das Vorgehen gegen Menschen auf der Flucht in Tunesien immer wieder stark kritisiert wird.

Anschließend an den Deal zwischen Tunesien und der EU will Meloni der tunesischen Küstenwache weitere **sechs Motorboote schenken**, um die "irreguläre Migration einzuschränken". Durch den Druck Europas und Italiens, die Migration einzuschränken, werden die Maßnahmen der tunesischen Behörden immer gewaltvoller und sind offensichtlich rassistisch motiviert. Diese Zusammenarbeit erinnert sehr an den Italien-Libyen-Pakt und wird stark von Menschenrechtsgruppen und Verbänden (Asgi, Arci, Actionaid, Mediterranea Saving Humans, Spazi Circolari e Le Carbet) kritisiert. Laut den Kritiker*innen werden Menschenrechtsverletzungen durch die Finanzierung der tunesischen Küstenwache noch stärker zunehmen und das non-refoulement-Prinzip wird verletzt werden, vor allem weil die Küstenwache nicht als Rettungseinheit gesehen werden darf, sondern vielmehr als Polizeieinheit. "Wir sind der Meinung, dass die Handlungen, mit denen die Regierung die Übergabe der Patrouillenboote beschlossen hat, gegen die nationale Gesetzgebung verstoßen, vor allem gegen das Verbot der Finanzierung und des Transfers von Rüstungsgütern an Drittländer, die für schwere Verstöße gegen internationale Menschenrechtskonventionen verantwortlich sind", erklärt eine Aktivistin.

Am 17. April **protestieren Tunesier*innen** vor der italienischen Botschaft in Tunis gegen die Zusammenarbeit zwischen der italienischen und tunesischen Regierung. Mittlerweile macht sich auch unter der lokalen Bevölkerung Unmut breit, weil die angespannte Situation sich immer weiter zuspitzt.

TOTE & VERMISSTE

Im April starben nach der Zählung von *borderline-europe* 114 Personen im Mittelmeer und 115 Migrant*innen werden nach wie vor vermisst. Wie immer kann davon ausgegangen werden, dass auch hier die Dunkelziffer um einiges höher ist.

Viele **Tote** werden erst nach Tagen oder sogar Wochen gefunden. In Sfax (Tunesien) sind es aktuell so viele, dass es kaum noch Plätze auf den Friedhöfen gibt, so dass Mitte des Monats noch beinahe 100 Körper auf eine Beerdigung warteten. Es mangelt aber generell auch an logistischen Möglichkeiten, die Toten aufzubewahren, bis ein DNA-Test durchgeführt und ein Grab bereitgestellt werden kann. Auch in Sizilien ist die letzte Ruhestätte für muslimische Migrant*innen eine wichtige Frage, weshalb nun in Porto Empedocle ein **islamischer Friedhof** entstehen soll.

Die Särge von elf Geflüchteten, welche bei zwei verschiedenen Schiffsunfällen am 10. April und am 18. März ertranken, wurden von Porto Empedocle auf verschiedene Friedhöfe in der Region verteilt. Bei dem Schiffbruch vom 10. April in der maltesischen SAR-Zone kamen mit Sicherheit zwölf Menschen ums Leben, zwölf weitere gelten nach wie vor als vermisst. Zudem ertranken kurze Zeit vorher mit großer Wahrscheinlichkeit 45 Menschen im zentralen Mittelmeer. Eine einzige **Person** überlebte diesen ersten Schiffbruch und wurde von dem Boot gerettet, welches dann am 10. April unterging. Glücklicherweise überlebte sie auch dies und konnte sicher nach Lampedusa gebracht werden.

ZIVILER WIDERSTAND

Im April waren sechs Schiffe der zivilen Flotte auf dem zentralen Mittelmeer im Einsatz. Die Aurora (Sea-Watch & United4Rescue) ist zurück und war diesen Monat nach einer langen Pause wieder in der SAR-Zone aktiv. Auch die Geo Barents (MsF), die bis Mitte des Monats noch festgesetzt war, fuhr ab 12.04.24 wieder aus. Die Ocean Viking (SOS Mediterranée) hat 55 Personen gerettet, die Life Support (Emergency) hat Anfang des Monats 202 Menschen in Seenot gerettet und ist seitdem im Hafen von Siracusa. Auch die Sea-Watch 5 (Sea-Watch & United4Rescue) hat Ende des Monats 47 Menschen sicher an Land gebracht. Die Mare Jonio (Mediterranea Saving Humans) wurde nach einer Rettung von 58 Personen am 05.04.24 im Hafen von Pozzallo festgesetzt und ist noch immer dort. Die Sea-Eye 4 (Sea-Eye & United4Rescue) ist seit dem 10.03.24 noch immer durch eine administrative Festnahme aufgrund des Piantedosi-Dekrets blockiert.

“Die italienische Regierung und die europäischen Institutionen haben das zentrale Mittelmeer in eine Kriegszone verwandelt.” - Denny Castiglione, Mare Jonio:

Am 04.04.24 hat die sogenannte libysche Küstenwache während einer Rettungsaktion der Mare Jonio in internationalen Gewässern **Schüsse abgefeuert**. Wieder einmal hat ein Motorboot der sogenannten libyschen Küstenwache (**658 Fezzan**, eine Schenkung der italienischen Regierung an Libyen) eine Rettungsaktion behindert, dabei wurde aufs Wasser, die Rettungsboote und auf die in Seenot geratenen Menschen geschossen. Dies ist eine weitere Steigerung der Unmenschlichkeit und der Verletzung der Rechte von Menschen auf der Flucht.

Trotz des gewaltvollen Eingriffes der sogenannten libyschen Küstenwache ist es der Crew des Rettungsschiffes gelungen **56 Personen** zu retten, allerdings ist unklar wie viele Menschen auf Grund der durch die Schüsse ausgelösten Panik ertrunken sind, oder wie viele Vermisste es gibt. Einige sind auch von der **sogenannten libyschen Küstenwache** auf deren Boot gezwungen worden und damit sehr wahrscheinlich wieder zurück nach Libyen gebracht worden.

Mediterranea Saving Humans hat gefordert, dass die italienische Regierung Ermittlungen gegen die sogenannte libysche Küstenwache in dem Fall einleitet. Stattdessen wurde das Rettungsschiff, nach der Ankunft im sizilianischen Pozzallo aufgrund des Piantedosi-Dekrets für **20 Tage festgesetzt** und zu einer Geldstrafe von 10.000 Euro verurteilt. Die Crew wurde beschuldigt, die flüchtenden Menschen angestiftet zu haben, vor der libyschen Küstenwache zu fliehen. Mediterranea hat sofort **Berufung gegen die Sanktionen** eingereicht und fordert die sofortige Einstellung der Zusammenarbeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache.

Diese Situation zeigt, wie die italienische Regierung systematisch gegen Menschen auf der Flucht und gegen die Seenotrettung vorgeht und die Außengrenzen der EU externalisiert. Trotz dieser absolut menschenrechtsverachtenden Aktion der sogenannten libyschen Küstenwache gibt es im April auch einige gute Nachrichten für die zivile Seenotrettung.

Iuventa - ein Befreiungsschlag für die Seenotrettung:

Am Freitag, den 19.04.2024, wurden die Anklagepunkte gegen die Crew-Mitglieder des Seenotrettungsschiffes Iuventa und Mitglieder von Ärzte ohne Grenzen & Save the Children vor dem **Gericht in Trapani** endlich fallen gelassen und das beschlagnahmte Rettungsschiff wieder freigegeben. Zwei Rettungseinsätze der Iuventa (2016 und 2017) wurden von der italienischen Staatsanwaltschaft als “Schlepperei” ausgelegt, woraufhin den Angeklagten **“Beihilfe zur irregulären Einwanderung”** vorgeworfen wurde und Haftstrafen von bis zu 20 Jahren drohten.

Weitere Informationen über die Hintergründe der Anklage und einen detaillierten Verlauf der Ermittlungen und Verhandlungen vor Gericht sind auf unserer **Homepage** zu finden.

Die Entscheidung im Prozess gegen die Iuventa Crew war ein wichtiger Erfolg für Menschen auf der Flucht und die zivile Seenotrettung, denn sie hat eins ganz deutlich gemacht: dass das Retten von Menschen **“keine Straftat, sondern ein Recht, ja sogar eine Pflicht”** ist, so der Anwalt Nicola Canestrini nach dem letzten Tag vor Gericht.

Auch laut **ECCHR** betrifft die Entscheidung die “gesamte zivile Seenotrettung” und ist eine “wichtige Säule der Solidarität mit Menschen auf der Flucht”.

Mehrere Freilassungen von zivilen Seenotrettungsschiffen: juristische Erfolge gegen das Piantedosi-Dekret

Zwischen Ende März und Anfang April haben mehrere Gerichte die **Aufhebung der administrativen Festnahme** von Seenotrettungsschiffen angeordnet; innerhalb von 24 Stunden wurden die Festsetzung der Humanity 1 (SOS Humanity) in Crotone und der Ocean Viking (SOS Méditerranée) in Brindisi, aufgehoben. Außerdem hat das Zivilgericht in **Crotone** klargemacht, dass Libyen weder ein sicherer Hafen ist, noch dass die Aktionen der sogenannten libyschen Küstenwache als Rettungsaktionen gesehen werden können, sondern illegale Push-Backs sind. Kurz danach hat auch das Gericht in Ragusa die **Aufhebung der Festsetzung der Sea-Watch 5** (Sea-Watch) angeordnet. Alle Rettungsschiffe wurden nach dem Piantedosi-Dekret sanktioniert, weil sie angeblich die Anweisungen der sogenannten libyschen Küstenwache missachtet hätten.

Diese Entscheidungen, gemeinsam mit der finalen Entscheidung über die Iuventa in Trapani, sind für Innenminister Piantedosi und die italienische Regierung eine Niederlage. Vor allem auch, weil das Gericht in Crotone vorhat, die **Frage nach der Verfassungsmäßigkeit** einiger Passagen des Piantedosi-Dekrets zu stellen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die **Widersprüche** zwischen dem Piantedosi-Dekret und dem internationalen Seerecht aufzuzeigen. Auch die Rückführung von Menschen auf der Flucht nach Libyen wurde im Februar vom Obersten Gericht Italiens als **rechtswidrig** erklärt, ein weiterer juristischer Erfolg. Dennoch führt die **italienische Regierung** ihre Anti-Migrations-Politik weiter fort und will unter anderem das Memorandum mit Libyen erneuern.

Frontex beendet endlich das Narrativ der “Seenotrettung als Pull-Faktor”

Die restriktiven Maßnahmen gegen zivile Seenotretter*innen basieren unter Anderem auf der Idee, dass die (zivile) Seenotrettung die Flucht über das Mittelmeer begünstigen würde und sich mehr Menschen auf den Weg übers Mittelmeer machen würden. Ende März hat Hans Leijtens, Exekutivdirektor der EU-Grenzschutzagentur Frontex, in einem Interview bekannt gegeben, dass es keine **konkreten Beweise dafür gibt**, dass die zivile Seenotrettung als sogenannter “Pull-Faktor” für Migration wirkt. Obwohl diese These schon mehrfach wissenschaftlich widerlegt wurde, ist die Meinungsäußerung des Exekutivdirektors von Frontex dennoch eine wichtige und positive Veränderung im Diskurs über Migration und Flucht.

Zuvor wurde das **Narrativ der “Seenotrettung als Pull-Faktor”** sowohl von rechten Parteien in Europa als auch von Frontex (unter dem vorherigen Exekutivdirektor Fabrice Leggeri) immer wieder verbreitet und populistisch genutzt.

Trotzdem bleibt die Grenzschutzagentur Frontex in der Kritik. Sea-Watch International hat mit Unterstützung von “FragDenStaat” eine **Klage gegen die Grenzschutzagentur beim Europäischen Gerichtshof** eingereicht. Grundlage ist ein Pull-Back vom 30.06.2021 in der maltesischen SAR-Zone, der laut Human Rights Watch und Border Forensics zumindest von Frontex begünstigt wurde und die Klage deckte auf, dass es **Korrespondenzen zwischen Frontex und der sogenannten libyschen Küstenwache** gibt.

Der Gerichtshof erkannte an, dass Frontex zu Unrecht mehr als 100 Beweisfotos zurückgehalten hat, die eine Beteiligung der Grenzagentur an einer Menschenrechtsverletzung im Mittelmeer belegen könnten. Dennoch wurde die Klage als solche abgelehnt. Die beiden Kläger forderten Leitjens auf, die von ihm viel gelobte Transparenz herzustellen und das Material zugänglich zu machen und Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen.

Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

